



*Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss*

**REX/339**  
**"Beziehungen EU/Moldau"**

Brüssel, den 11. Juli 2012

**STELLUNGNAHME**

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses  
zum Thema

**"Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau:  
Welche Rolle kommt der organisierten Zivilgesellschaft zu?"**

—————  
Berichterstatlerin: **Evelyne PICHENOT**  
—————

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss beschloss auf seiner Plenartagung am 13./14. Juli 2011, gemäß Artikel 29 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung eine Initiativstellungnahme zu folgendem Thema zu erarbeiten:

*"Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau:  
Welche Rolle kommt der organisierten Zivilgesellschaft zu?"*

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Fachgruppe Außenbeziehungen nahm ihre Stellungnahme am 28. Juni 2012 an.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 482. Plenartagung vom 11./12. Juli 2012 (Sitzung vom 11. Juli) mit 143 Stimmen bei 9 Enthaltungen folgende Stellungnahme:

\*

\* \*

## 1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

1.1 Im Bewusstsein, dass eine Annäherung zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau in beidseitigem Interesse ist, unterbreitet der EWSA im Anschluss an seine Fachexkursion vom März 2012 in der vorliegenden Stellungnahme folgende Empfehlungen, um:

- die Rolle der Zivilgesellschaft zu stärken, insbesondere durch die Schaffung eines moldauischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates (WSUR),
- ein vertieftes und umfassendes Freihandelsabkommen (DCFTA) abzuschließen,
- die territoriale Unversehrtheit Moldaus wiederherzustellen.

1.2 In seinen Empfehlungen an die **Europäische Kommission** und das **Europäische Parlament** schlägt der EWSA die Ausarbeitung eines ausgeglichenen Freihandelsabkommens vor, wobei darauf zu achten ist, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft in jede Phase des Verfahrens einbezogen werden. Zur Erzielung eines DCFTA sollten die Maßnahmen der Europäischen Kommission mit denen des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) in Einklang gebracht werden. Dazu empfiehlt der EWSA:

- die Gewährleistung einer wirksamen Einbeziehung moldauischer Organisationen durch einen Zugang zu den laufenden **öffentlichen Konsultationen**<sup>1</sup> sowie zu den im Rahmen der Nachhaltigkeitsprüfung geplanten öffentlichen Anhörungen und Gesprächsrunden der Zivilgesellschaft,

---

<sup>1</sup>

GD Handel, Umfrage zu vertieften und umfassenden Freihandelszonen – EU/Moldau 2012.

- die Veranstaltung einer **Konferenz über das Ergebnis** der Nachhaltigkeitsprüfung mit dem moldauischen Parlament, dem EWSA und der moldauischen Zivilgesellschaft sowie die regelmäßige Inkenntnissetzung der Zivilgesellschaft über den Inhalt der Verhandlungen,
- die Ermittlung der Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt, v.a. auf der Grundlage der Beobachtungen aus dem Bericht über die Millenniums-Entwicklungsziele für die Republik Moldau<sup>2</sup>, um das **Kapitel über nachhaltige Entwicklung** eines künftigen Abkommens zu vervollständigen,
- die Einleitung einer Studie über die Bedingungen der **Wiedereingliederung der Wirtschaft** Transnistriens in das Verfahren der Handelsöffnung,
- die Ausweitung der Ausbildungsmaßnahmen zur wirksamen Anwendung des **gemeinschaftlichen Besitzstandes** im Bereich des Handels für Entscheidungsträger berufsständischer und sozialer Gruppen und für die Medien,
- die Berücksichtigung des Bedarfs an **technischer Hilfe** bei der Anpassung an die Normen des gemeinschaftlichen Besitzstandes, insbesondere in der Agrar- und Ernährungswirtschaft,
- die Planung angemessener **flankierender Maßnahmen** mit einem Angleichungsverfahren, um alle Vorteile einer echten Integration in die europäische Wirtschaft bestmöglich auszuschöpfen, und eine besondere Wachsamkeit bei der Sicherung der Außengrenzen unter Einbindung der Partner, denen ein solches Abkommen zugutekommt,
- die Einsetzung eines **gemeinsamen Begleitausschusses** für das Handelsabkommen und – mit der Unterstützung des EWSA – die Einbindung der Zivilgesellschaft in die **Überwachung** eines künftigen DCFTA unter Verwendung von Finanzierungshilfen zur Strukturierung der moldauischen Zivilgesellschaft,
- die Sicherstellung der Einbeziehung der **moldauischen Sozialpartner in das Forum der Östlichen Partnerschaft** und die Thematisierung der sozialen Bedingungen des Abkommens in Arbeitsgruppe 5 "Sozialer Dialog" der Östlichen Partnerschaft,
- die Förderung des Austauschs mit der **Zivilgesellschaft Transnistriens**, mit Unterstützung der OSZE zum Zweck ihrer Einbindung in die Annäherungspolitik mit der EU.

1.3 In seinen Empfehlungen an die **moldauischen Behörden** regt der EWSA **die Regierung und das Parlament** dazu an:

- eine breite Palette an Organisationen der Zivilgesellschaft über die Entwicklungen im EU-Annäherungsprozess zu informieren und **eine öffentliche Debatte über den EU-Annäherungsprozess** mit Sozialpartnern und unterschiedlichen Interessenverbänden (Landwirten, Verbrauchern, Umweltschützern, Frauenbewegungen, Menschenrechtlern usw.) anzuregen,
- den **Informationsaustausch** mit berufsständischen und sozialen Gruppen unter Federführung des Ministeriums für europäische Angelegenheiten fortzusetzen und die

---

<sup>2</sup>

Vereinte Nationen, Zweiter Bericht über die Millenniums-Entwicklungsziele – Republik Moldau, 2010.

Rolle des Nationalen Beteiligungsrates (CNP) als Beobachter bei der Regierung fortzuführen,

- einen **moldauischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (WSUR)** auf der Grundlage der bereits gesammelten Erfahrungen in der EU oder im Rahmen der Nachbarschaft einzurichten,
- die Interessengruppen in die Umsetzung der **Energie- und Forschungsabkommen** mit der EU einzubeziehen,
- den sozialen Dialog auszubauen und die Umsetzung der **Sozialcharta des Europarates** zu gewährleisten, insbesondere indem Bedenken ausgeräumt werden und das Protokoll über das Kollektivbeschwerdeverfahren angenommen wird,
- der Integration **junger Menschen und Frauen in den Arbeitsmarkt** höchste Priorität einzuräumen,
- die Vorkehrungen zur **Bekämpfung der Korruption** wirksamer zu gestalten.

1.4 In seinen Empfehlungen an die **moldauischen Organisationen der Zivilgesellschaft** spricht sich der EWSA für den Ausbau seiner Beziehungen zur moldauischen Zivilgesellschaft im Rahmen der Östlichen Partnerschaft aus. Er unterbreitet der moldauischen Zivilgesellschaft folgende Vorschläge und wäre bereit, diese auf einer Konferenz in der Republik Moldau vorzustellen, um der "Plattform für direkte Kontakte zwischen den Menschen" der Partnerschaft eine konkrete Form zu verleihen. Neben der Schaffung eines **moldauischen WSUR** empfiehlt der EWSA den Sozialpartnern und Partnern der Zivilgesellschaft außerdem:

- ein Zusammenwirken mit den **großen europäischen sektorspezifischen Plattformen**, z.B. mit der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Armut oder den Arbeitgeberverbänden der einzelnen Mitgliedstaaten sowie durch einen Beobachterstatus im Europäischen Gewerkschaftsbund,
- die Stärkung einer **Überwachungsstelle** in den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und im obersten Tarifausschuss für europäische Angelegenheiten,
- einen Ausbau des **sozialen Dialogs** im Einklang mit den ILO-Übereinkommen und der Sozialcharta des Europarats,
- neue Impulse für den **zivilen Dialog** im Hinblick auf die Überwachung des DCFTA,
- eine Erweiterung des Fachwissens über **ökologische Konzepte**, z.B. über die Verringerung von Treibhausgasemissionen, die Lebenszyklusanalyse, den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck oder die Ökosystemleistungen.

## 2. **Die Rolle der moldauischen Zivilgesellschaft im EU-Annäherungsprozess und in der Östlichen Partnerschaft**

2.1 Die moldauische Zivilgesellschaft bringt sich bereits mit einigen bestehenden Mechanismen in den EU-Annäherungsprozess ein. Der Nationale Beteiligungsrat "CNP", ein im Januar 2011 gegründetes, beratendes Gremium aus 30 Mitgliedern, arbeitet mit der Regierung zusammen, während es eine weitere beratende Einrichtung auch beim Parlament gibt. Der im November 2010 gegründete Nationale Konvent für die europäische Integration umfasst

mehrere Organisationen, die Vorschläge zum europäischen Integrationsprozess vorlegen und dazugehörige Informationen verbreiten, um einen direkten und offenen Dialog mit den Interessenträgern zu ermöglichen. Darüber hinaus sind auch mehrere thematische Plattformen von Organisationen der Zivilgesellschaft auf nationaler Ebene entstanden.

- 2.2 Moldauische Verbände nehmen an den verschiedenen Gruppen des Forums der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft teil: Demokratie, Menschenrechte, verantwortungsvolle Regierungsführung und Stabilität; allgemeine Empfehlungen; Umwelt, Energie und Klimawandel sowie Kontakte zwischen den Menschen. Der EWSA möchte die Entwicklung der fünften Arbeitsgruppe über den sozialen Dialog, in der es auch genereller um wirtschaftliche und soziale Fragen geht<sup>3</sup>, unterstützen.
- 2.3 Die Sozialpartner spielen bei der Annäherung zwischen der EU und der Republik Moldau eine zentrale Rolle. Die in der Verfassung festgeschriebene Unabhängigkeit der Gewerkschaften wird durch ein im Juli 2000 erlassenes Gesetz umrahmt, das die Koalitionsfreiheit, Kollektivverhandlungen und den Schutz der Vermögenswerte der Gewerkschaften gewährleistet. Die Gewerkschaftslandschaft hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert: Die beiden bestehenden Gewerkschaften CSRМ und Solidaritate haben sich zu einer Einheitsgewerkschaft, dem Moldauischen Gewerkschaftsbund (CNSM), zusammengeschlossen. Seit der CNSM dem internationalen Gewerkschaftsbund beigetreten ist, ist er zunehmend bei internationalen Veranstaltungen und Treffen vertreten. Er könnte ebenfalls einen Beobachterstatus im Europäischen Gewerkschaftsbund beantragen.
- 2.3.1 Die größte Arbeitgeberorganisation ist der Verband moldauischer Arbeitgeber, der 1996 gegründet wurde und sich aus 32 Mitgliedern zusammensetzt. Er sieht sich als nicht-politische und unabhängige Vereinigung. Die nationale Agentur für die Beschäftigung von Arbeitskräften verwaltet das Projekt "Mobilitätspartnerschaft" zwischen der EU und Moldau, damit die Eingliederung des moldauischen Arbeitsmarktes reibungslos vonstatten geht. Die Arbeitgebervereinigungen wirken an dieser Eingliederung mit, indem sie die Beschlüsse des Projekts auf lokaler und regionaler Ebene umsetzen.
- 2.3.2 Es wäre demnach nützlich, die Informationszentren der Sozialpartner für Fragen bezüglich des DCFTA in Zusammenarbeit mit ihren europäischen oder nationalen Amtskollegen auszuweiten.
- 2.4 Die Lage einiger Teile der Bevölkerung, insbesondere im ländlichen Raum, ist weiterhin prekär. Die Verschlechterung der sozialen Lage bekommen vor allem Frauen zu spüren: hohe Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung, sinkende Löhne, Saisonarbeit oder auch schwache Sozialleistungen. Frauen haben ähnliche Rechte wie Männer, doch sind sie auf dem Arbeitsmarkt stärker benachteiligt. Außerdem machen Frauen nur 14% der moldauischen Arbeiterschaft aus. Unter den Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, ist die

---

<sup>3</sup> EWSA-Stellungnahme zu dem "Beitrag der Zivilgesellschaft zur Östlichen Partnerschaft", [ABl. C 248 vom 25.8.2011](#); EWSA-Stellungnahme "Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel", [ABl. C 43 vom 15.2.2012](#).

ländliche Bevölkerung weiterhin überrepräsentiert<sup>4</sup>, und der Anteil der armen Landbevölkerung hat 2009 zugenommen. Besorgniserregend ist die Lage der Kinder in Moldau, die unterschiedlichen Gefahren wie Obdachlosigkeit, Kinderarbeit, Kinderhandel und Prostitution ausgesetzt sind. Das Phänomen der "Sozialwaisen", d.h. der Kinder, die von ihren Familien aus Armutsgründen in Kinderheimen abgegeben werden, ist immer noch weit verbreitet.

- 2.5 Die Arbeitsweise der Medien hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend verbessert. Mit der Unterstützung der EU und des Europarats nahm der Koordinierungsrat für audiovisuelle Medien Ende Oktober 2010 eine neue Methode zur Beaufsichtigung der politischen Medienberichterstattung an. Außerdem wurden 2010 zwei neue Fernsehkanäle (Jurnal TV und Publika TV) sowie vier neue Radiosender (Radio Sport, Aquarelle FM, Publika FM und Prime FM) gegründet. Die Ausbildung von Journalisten im Bereich der europäischen Angelegenheiten sollte eine Priorität sein. Durch die Fortschritte im Bereich der freien Meinungsäußerung können Bürger und Wirtschaftsträger besser über die Herausforderungen der EU-Annäherung informiert werden, allen voran die Landwirte.
- 2.6 Trotz unbestreitbarer Fortschritte hat die Zivilgesellschaft noch immer große Organisationsschwierigkeiten. Es gibt weiterhin territoriale Ungleichheiten: Nichtstaatliche Organisationen sind zwar in den großen Zentren Chisinau, Balti, Cahul und Ungheni aktiv, in weiten Teilen des Landes aber weitaus weniger. Im Gegensatz dazu decken die Gewerkschaften die einzelnen Gebiete besser ab. Aufgrund der anhaltenden Spaltung ist die Zusammenarbeit zwischen den beiden Landesteilen links und rechts des Dnjestr aber immer noch relativ begrenzt. Außerdem sind die NGO relativ stark von einigen wenigen ausländischen Geldgebern abhängig, was ihre Unabhängigkeit und ihren Fortbestand bedrohen kann. Schließlich umfassen die Expertennetzwerke einen zwar hochqualifizierten, aber zu kleinen Kreis von Experten, da sich die Liste der großen etablierten NGO in den letzten Jahren kaum erweitert hat.
3. **Die Zivilgesellschaft und ein neues vertieftes und umfassendes Freihandelsabkommen (DCFTA)**
- 3.1 Die Ausarbeitung eines DCFTA zwischen der EU und der Republik Moldau betrifft Waren, Dienstleistungen und Investitionen, doch weil es sich um ein umfassendes und vertieftes Abkommen handelt, kann der gemeinschaftliche Besitzstand im Bereich des Handels übertragen und wirksam angewandt werden. Voraussetzung dafür sind eine angemessene Begleitung und grundlegende Reformen. Denn die moldauische Wirtschaft leidet aufgrund unterschiedlicher Faktoren (der schwachen Verkehrsinfrastruktur, v.a. im Straßennetz, des kleinen Inlandsmarktes, des wenig fortschrittlichen Umfelds, der anhaltenden Instabilität der Politik, des schwierigen Zugangs zu Finanzmitteln und der Korruption) an einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit. Die Exporte richten sich nicht mehr nur ausschließlich an die Märkte der ehemaligen Sowjetunion. Die Neuausrichtung des Außenhandels nach Europa ist ein

---

<sup>4</sup> "Moldova Statistics", siehe:  
<http://www.ruralpovertyportal.org/web/guest/country/statistics/tags/moldova>.

Faktum: Fast die Hälfte der Exporte fließt in die EU. Dies ist auf eine Steigerung des Exportanteils der Textilindustrie (von 10% im Jahr 1999 auf 22,7% im Jahr 2008)<sup>5</sup> aufgrund billiger qualifizierter Arbeitskräfte zurückzuführen.

- 3.2 Derzeit wird eine begleitende Nachhaltigkeitsprüfung ausgeführt, die bis September 2012 Erkenntnisse über die positiven und negativen Auswirkungen einer solchen Öffnung des Handels liefern soll<sup>6</sup>. Laut dem Leistungsverzeichnis der Beratungsfirma<sup>7</sup> muss der EWSA zu den Problematiken der Verhandlung sowie zu den Beiträgen zur öffentlichen Konsultation gehört werden. Außerdem wird er dem "Positionspapier", das die Kommission im Anschluss an die Nachhaltigkeitsprüfung aufstellt, besondere Aufmerksamkeit widmen und auch die flankierenden Maßnahmen genau beobachten.
- 3.3 Die mit dem Abkommen verbundenen Risiken halten sich für die EU in Grenzen: Sie betreffen in erster Linie die Gesundheits- und Pflanzenschutznormen sowie die Investitionsgarantien. Die notwendige Verbesserung des Geschäftsklimas zur Anlockung europäischer Investoren kann nur mit einer verschärften Bekämpfung der Korruption einhergehen. Im Korruptionswahrnehmungsindex von 2011 belegt Moldau weltweit den 112. Platz mit einer Note von 2,9 von 10<sup>8</sup>. Die zuständigen Einrichtungen sind das Zentrum zur Bekämpfung von Wirtschaftsstraftaten und Korruption sowie die Antikorruptionsabteilung der Sonderstaatsanwaltschaft. Der geltende Rechtsrahmen ist angemessen, aber die Umsetzung der Antikorruptionspolitik ist immer noch unzureichend. Zu beanstanden sind die mangelnde Finanzierung der Politik, eine eher fatalistische Haltung der moldauischen Bürger und die unzureichende Einbeziehung der Zivilgesellschaft in diese Themen. Die Bekämpfung der Korruption ist eine der wichtigsten Prioritäten der internationalen Geldgeber (Europarat, EU, SIDA, Weltbank, UNDP, USAID usw.). Auch mehrere NGO-Gruppierungen haben sich dieses Bereichs angenommen: das Zentrum für die Untersuchung und Vorbeugung von Korruption, Transparency International Moldova, die Antikorruptionsallianz oder auch das Zentrum für investigativen Journalismus. Die politischen Wechsel haben bisher noch nicht zu greifbaren Ergebnissen in diesem Bereich geführt.
- 3.4 Das DCFTA wird erhebliche Auswirkungen auf den sozialen Bereich haben. In diesem Zusammenhang hebt der EWSA die Bedeutung des sozialen Dialogs für die Entwicklung des Landes hervor. Er rät zur Annahme des Protokolls über Kollektivbeschwerden der Sozialcharta des Europarates, zur Verbesserung der Arbeitsaufsicht und zur Schaffung von Arbeitsgerichten. Im Bereich der Schwarzarbeit arbeiten die moldauischen Behörden mit der

---

5 Florent Parmentier, "Moldova, a Major European Success for the Eastern Partnership?" (Moldau – Ein großer europäischer Erfolg für die Östliche Partnerschaft?), Fondation Robert Schuman, 22. November 2010, [http://www.robert-schuman.eu/doc/questions\\_europe/qe-186-en.pdf](http://www.robert-schuman.eu/doc/questions_europe/qe-186-en.pdf) (auf Englisch).

6 EWSA-Stellungnahme zum Thema "Nachhaltigkeitsprüfungen und EU-Handelspolitik", [ABl. C 218 vom 23.7.2011](#).

7 "Trade Sustainability Impact Assessment in support of negotiations of DCFTAs between the EU and respectively Georgia and the Republic of Moldova" (Handelsbezogene Nachhaltigkeitsprüfung zur Unterstützung der DCFTA zwischen der EU und Georgien bzw. der Republik Moldau), ECORYS, 6. Februar 2012.

8 Europäische Kommission, "ENP Country Progress Report 2011 – Republic of Moldova" (ENP-Fortschrittsbericht 2011 – Republik Moldau), Memo, Brüssel, 15. Mai 2012.

ILO zusammen, um sich den europäischen Normen anzunähern. Außerdem nehmen sie am Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen 2012 teil. Darüber hinaus sollte die Aufnahme moldauischer Migranten bei der Rückkehr in ihr Heimatland verbessert und die Rechte der im Ausland lebenden moldauischen Bürger gestärkt werden. Weitere Prioritäten, die angegangen werden müssen, sind die Ausbildung und Umschulung von Arbeitskräften.

- 3.5 Für die Verhandlung des Abkommens ist die Agrar- und Nahrungsmittelindustrie in Moldau von entscheidender Bedeutung. Will die moldauische Landwirtschaft Erzeugnisse in die europäischen Märkte exportieren und die Lebensmittelsicherheit gewährleisten, so muss sie noch Fortschritte bei der Herkunftszertifizierung, der Kontrolle der Einhaltung von Gesundheits- und Pflanzenschutznormen und der Einhaltung der Wettbewerbsregeln erzielen. Bisher wurden die Normen zwar angenommen, doch ihre konkrete Umsetzung ist ein langwieriger und kostspieliger Prozess, insbesondere für tierische Erzeugnisse (das einzige tierische Erzeugnis, das 2008 aus Moldau exportiert werden konnte, war Honig). Die Angleichung an die europäischen Normen bringt erhöhte Kosten für Kleinerzeuger mit sich. Außerdem müssen die Behörden eine Politik der institutionellen Reformen und der Unterstützung der Nahrungsmittelindustrie und des Weinbaus führen. Für diese Anpassung wären Projekte, die durch die Initiative für Handelshilfe der Europäischen Kommission finanziert würden, sehr begrüßenswert.
- 3.6 Am Beispiel der raschen Entwicklung der Textilindustrie wird deutlich, dass die lange Zeit schwächelnden Industrien offenbar von einer vorteilhaften Preiswettbewerbsfähigkeit in der Nähe der europäischen Märkte profitieren können. Diese Leichtindustrie kann überall im Land angesiedelt werden, insbesondere in den benachteiligten Regionen im Süden. In der Automobilindustrie gab es kürzlich dank deutscher Investoren im Norden des Landes einen Durchbruch. Für die Entwicklung des Landes wären auch die Teilnahme Moldaus an der EU-Strategie für den Donauraum und die Modernisierung großer Industrieanlagen (insbesondere am Ostufer des Dnjestr) vorteilhaft.
- 3.7 Damit das Abkommen als umfassend und vertieft bezeichnet werden kann, muss ein solches Freihandelsabkommen mit der EU auf der Fähigkeit Moldaus aufbauen, sich dem gemeinschaftlichen Besitzstand anzupassen. Das macht eine adäquate finanzielle Flankierung erforderlich. Die Erfahrungen mit Erweiterungen im Binnenmarkt haben wiederholt gezeigt, wie wichtig die Strukturfonds für den sozialen und territorialen Zusammenhalt sind. Der EWSA empfiehlt daher, gleichwertige Flankierungsmaßnahmen vorzusehen, um die Gefahr einer Zunahme sozialer Ungleichheiten oder territorialer Disparitäten zu mindern. Zu diesem Zweck wird der Begleitausschuss des Abkommens sein besonderes Augenmerk auf die Umsetzung des Europäischen Nachbarschaftsprogramms für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (ENPARD) richten.
- 3.8 Die Umweltbilanz Moldaus gibt Anlass zur Sorge für die Zukunft (Boden, Wasser, Energie), was bei der Aushandlung des Abkommens ebenfalls berücksichtigt werden muss. Das sowjetische Erbe in diesem Bereich ist besonders schwer, v.a. in Bezug auf den Umgang mit

giftigen Rückständen. Die Trockenperioden, die in den vergangenen Jahren vorherrschten, zeigen, dass die moldauische Wirtschaft empfindlich auf die Umweltschädigung und den Klimawandel reagiert. Hinzu kommt, dass die Hälfte der Grundwasservorkommen verseucht ist, das Grundwasser aber zwei Drittel des Trinkwasserbedarfs der Bevölkerung deckt. Trotz internationaler Bemühungen (z.B. der EIB) ist die Mittelausstattung der Umweltpolitik immer noch sehr bescheiden. Außerdem ist es dringend notwendig, das Bewusstsein aller Wirtschaftsakteure, die sich der Herausforderungen im Verkehrs- oder Bauwesen noch kaum bewusst sind, zu schärfen. Die Republik Moldau, die der europäischen Energiegemeinschaft beigetreten ist, ist zudem sehr stark von der Einfuhr fossiler Brennstoffe abhängig, die Energieeffizienz ist aber immer noch gering. Der EWSA schlägt vor, die Umweltverbände im Bereich der Energieeinsparung, der rationalen Ressourcennutzung und der Abfallwirtschaft zu unterstützen.

- 3.9 In der Nachhaltigkeitsprüfung muss ein besonderes Augenmerk auf die Lage von Transnistrien gerichtet werden, um in Anbetracht des DCFTA die möglichen Auswirkungen des Abkommens auf die Sicherheit der Grenzen und auf Wirtschaft und Gesellschaft bewerten zu können. Durch das Abkommen könnten die internen Divergenzen nivelliert und die territoriale Unversehrtheit sichergestellt werden.

#### 4. **Vorschlag zur Schaffung eines moldauischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates**

- 4.1 Um die Fortschritte der Zivilgesellschaft beim Ausbau des Dialogs und der Beratung zu unterstützen, empfiehlt der EWSA die Schaffung eines moldauischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates (WSUR), analog zu anderen Ländern der Region. Eine Studie zu den unterschiedlichen Erfahrungen in Europa wird es ermöglichen, einen individuellen Weg für Moldau zu finden.
- 4.2 Der Vorschlag eines moldauischen WSUR wird dem Strukturierungsbedarf der Zivilgesellschaft gerecht und stärkt ihren Einfluss und ihre Relevanz. Die derzeitige Häufung von Ad-hoc-Strukturen schafft einen flexiblen und experimentellen Rahmen, doch ist die Zukunftsfähigkeit dieser Strukturen ungewiss und ihre Arbeit steht auf wackeligen Füßen. Das Nebeneinander der Standpunkte der Sozialpartner und der Vereinigungen oder NGO führt dazu, dass sie in der öffentlichen Debatte weniger sichtbar sind.
- 4.3 Ein moldauischer Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat würde einen interessanten Beitrag zu einer Konsenslösung über gesellschaftliche Entscheidungen leisten, indem den unterschiedlichen Interessen im Entwicklungsmodell Rechnung getragen werden könnte. Um das Drei-Säulen-Modell der nachhaltigen Entwicklung herum muss eine auf Abstimmung beruhende Zusammenarbeit entstehen. Dies wäre auch ein wichtiger Schritt in Richtung einer umsetzbaren Strategie zur Wiedereingliederung von Transnistrien.
- 4.4 Ein moldauischer WSUR wäre ein Garant für unabhängige Analysen, da diese abseits der Streitereien der Parteien und losgelöst von der Herkunft der Mittel ausgearbeitet würden, während er gleichzeitig eine Gegenüberstellung von Standpunkten ermöglichte. Außerdem

könnten im WSUR auch Fragen zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder Glauben behandelt werden.

- 4.5 Ein moldauischer WSUR entspräche dem Bedarf an einer Bewertung der staatlichen Maßnahmen mit Blick auf die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes. In Verbindung mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss könnte diese Einrichtung auch den Begleitausschuss des Handelsabkommens aufnehmen.

Brüssel, den 11. Juli 2012

Der Präsident  
des Europäischen Wirtschafts- und  
Sozialausschusses

**Staffan NILSSON**

---